

Mehr Lohn für Kita-Mitarbeitende

Die Bildungskommission präsentiert einen Gegenvorschlag zur Kita-Initiative der SP. Wird sie zurückgezogen?

Hans-Martin Jermann

In Basel ist ein politisches Seilziehen im Gange rund um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Eine Volksinitiative der SP fordert Gratis-Kitas für alle – also eine kostenlose Kinderbetreuung an zwei Tagen pro Woche bis zum Eintritt in die erste Klasse der Primarschule.

Die Basler Regierung sieht in dieser Forderung Fehlanreize – damit würde der Staat etwa Eltern-Freizeit mitfinanzieren – und hält die Kosten in dreistelliger Millionenhöhe pro Jahr für nicht tragbar. Sie hat einen Gegenvorschlag vorgelegt. Mit 27,7 Millionen Franken pro Jahr sollen einerseits die Eltern finanziell entlastet werden. Für sie kostet ein Betreuungsplatz noch maximal 1600 Franken pro Monat, anstatt wie bisher 2599 Franken. Andererseits sollen die Arbeitsbedingungen und die Betreuungsqualität in den Kitas verbessert werden.

Am Freitag nun legte die grossräthliche Bildungs- und Kulturkommission (BKK) einen eigenen Gegenvorschlag vor. Dieser will der SP-Initiative stärker entgegenkommen als jener der Regierung. Man habe einige Verbesserungen erzielen können, findet etwa SP-Grossrätin und BKK-Mitglied Amina Trevisan. «Das Hauptanliegen, dass die Kitas zum Service public gehören, haben wir hingegen nicht durchgebracht.» Insbesondere einkommensschwache Familien habe man nicht so wie gewünscht entlasten können, räumt Trevisan ein.

Eine knappe Kommissionsmehrheit fordert, dass die Löhne der Kita-Mitarbeitenden jenen der schulinternen Tagesstrukturen angeglichen werden. Damit würden faire Löhne bezahlt und die Abwanderung von Kita-Mitarbeitenden gestoppt. Änderungen gegenüber der Regierungsvariante nimmt die Kommission bei den Praktika vor: Auch obligatorische sollen im Betreuungsschlüssel der Kitas und folglich in der Modell-



Die Basler Kindertagesstätten sollen mit mehr Geld ausgestattet werden.

Symbolbild: Pius Amrein

«Das Hauptanliegen haben wir nicht durchgebracht.»



Amina Trevisan
SP-Grossrätin

kostenrechnung nicht mehr berücksichtigt werden. Laut BKK sollen die Kitas mehr Geld erhalten, um die dadurch entstehende Lücke durch Betreuungspersonal ohne pädagogische Ausbildung zu ergänzen. Die Anstellung von Praktikantinnen und Praktikanten ausserhalb des Betreuungsschlüssels bleibt weiterhin möglich.

Firmenkitas sollen bestehen bleiben

Am Gegenvorschlag der Regierung kritisiert die BKK zudem, dass damit das etablierte System der Firmenkitas zerschlagen würde. Firmenkitas sind solche, bei denen die Firmen die Differenz zwischen dem Vollkostenpreis pro Kita-Platz und dem Betreuungsbeitrag der Eltern finanzieren. Sie sind nur für

Kinder zugänglich, deren Eltern bei der Firma angestellt sind.

Dieses System soll beibehalten werden, findet die BKK. Firmenkitas seien auch für die Standortattraktivität der Stadt wichtig, damit könne hoch qualifizierten Mitarbeitenden, die nach Basel ziehen, sofort ein bezahlbarer Kita-Platz zur Verfügung gestellt werden.

Das war nicht zuletzt ein Anliegen der Bürgerlichen: Ohne Änderungen hätten Firmenkitas künftig zwar eine Bewilligung, aber keine Betreuungskostenbeiträge erhalten, gibt FDP-Grossrat David Jenny zu bedenken. «Damit wären sie unattraktiv geworden.» In Basel betreiben sechs grössere Arbeitgeber eigene Kitas, darunter etwa das Universitätsspital. Mit Stichentscheid von BKK-Präsi-

dentin Franziska Roth (SP) hat die Kommission entschieden, dass die Kosten der familienergänzenden Betreuung ab dem dritten Kind vom Staat übernommen werden. Der Gegenvorschlag der BKK würde gegenüber jenem der Regierung weitere jährliche Mehrkosten von 8,3 Millionen Franken nach sich ziehen; total wären es neu 36 Millionen pro Jahr. Das ist immer noch wesentlich weniger als die Kita-Initiative kosten würde.

Bei der Beratung des Geschäfts im Ratsplenium wird angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse in der Kommission wohl über einige Anträge erneut abgestimmt. Ob die Initiative zurückgezogen werde, entscheide man nach der Beratung im Grossen Rat, sagt Amina Trevisan.